

Reaktion auf die Ablehnung des »Neuen Forums«

2. Oktober 1989

Information Nr. 434/89 über weitere beachtenswerte Reaktionen von Antragstellern auf die Ablehnung der Anmeldung der Vereinigung »Neues Forum« und über die Fortsetzung von Aktivitäten zur Formierung dieser oppositionellen Sammlungsbewegung

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 3801, Bl. 11–16.

Serie

Informationen.

Verteiler

Honecker, Stoph, Mittag, Dohlus, Hager, Herrmann, Jarowinsky, Krenz, Schabowski, Herger, Axen, Keßler, Werner Krolikowski, Sindermann, Tisch, Lange, Dickel, Sorgenicht – MfS: Mittag, Großmann, Neiber, Schwanitz, Leiter HA XX, HA XX/4, Leiter HA II, Leiter HA IX, Leiter BV Berlin, Carlsohn, Mielke, Tannhäuser (ZAIG/1), HA XX/AKG (6.10.1989).

Vermerk

Im Verteiler wurde Hermann Axen handschriftlich von der 3. Stelle gestrichen, durch Günter Mittag ersetzt und an die 22. Stelle gesetzt. Der Empfänger HA XX/AKG wurde handschriftlich nachgetragen.

Bemerkungen

Dokument auch abgedruckt in: Mitter, Armin; Wolle, Stefan (Hg.): »Ich liebe euch doch alle!«. Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989. Berlin 1990, S. 184–186. Das 14. Exemplar der Information (Schwanitz) ist enthalten in: BStU, MfS, ZAIG 33410, Bl. 215–220.

Verweise

Informationen [427/89](#) und [400/89](#).

Nach dem MfS vorliegenden streng internen Hinweisen erklärten die Erstunterzeichner des Gründungsaufrufes mehrheitlich, ihre Aktivitäten zur Formierung des »Neuen Forums« fortzusetzen.¹

Unter Bezugnahme auf die gegenwärtige politische Situation und auf die angebliche Resonanz bei unterschiedlichsten Bevölkerungskreisen in der DDR auf den Gründungsaufruf des »Neuen Forums« spekulieren sie darauf, dass bei Weiterführung entsprechender Aktivitäten keine strafrechtlichen Maßnahmen gegen die Initiatoren eingeleitet würden, da dies ihrer Meinung nach eine »breite Protestwelle« in der DDR und im Ausland zur Folge hätte.

Sie lassen die Absicht erkennen, ihre Kontakte zu sozialismusfeindlichen Kräften im westlichen Ausland und zu westlichen Korrespondenten auch im Interesse des Schutzes ihrer Person weiter zu intensivieren.

Obwohl ihnen rechtliche Schritte gegen die Ablehnung der Anmeldung versagt würden, ziehen sie in Abhängigkeit vom Zeitpunkt der Fertigstellung eines Programms und eines Statuts sowie vom weiteren Zustrom an Sympathisanten eine erneute Anmeldung der Vereinigung in Betracht.

In Anpassung an die nach der Ablehnung entstandene Lage soll – den Vorstellungen der Initiatoren/Organisatoren zufolge – die Arbeit des »Neuen Forums« als Bürgerinitiative weitergeführt werden.

Gegenwärtig konzentrieren sich die Inspiratoren/Organisatoren des »Neuen Forums« auf die Erarbeitung und Diskussion eines sogenannten Problemkataloges für gesellschaftliche Veränderungen in der DDR.²

Er soll insbesondere »Lösungsvarianten« in den Bereichen Wirtschaft und Ökologie (Strategische Änderungen in der Wirtschaftsführung; Teilnahme der Werk tätigen an der Lenkung der Wirtschaft; Reduzierung der Umweltbelastungen; Beseitigung des Missverhältnisses zwischen Preis und Leistung), Wissenschaft, Kultur und Geistesleben sowie Staat (Schaffung Rechtsstaat; Reform des Wahlrechtes, uneingeschränkte Gewährleistung der Grundrechte; uneingeschränkte Freizügigkeit im Reiseverkehr) enthalten.

Darüber hinaus wird erwogen, anstelle von listenmäßigen Unterschriftensammlungen sogenannte Willenserklärungen zur Legalisierung des »Neuen Forums« zu organisieren. Als Sprecher wurden die hinlänglich bekannten Personen Bärbel *Bohley*,³ Hans-Jochen *Tschiche*,⁴ Michael *Arnold*,⁵ Rolf-Rüdiger *Henrich*,⁶ Jens *Reich*⁷ und Martin *Klähn*⁸ benannt.

Die Propagierung der Ziele und Inhalte des »Neuen Forums« wird – wie bereits in der Information des MfS Nr. 427/89 vom 26. September 1989 eingeschätzt – durch Initiatoren/Organisatoren und Sympathisanten, insbesondere durch kirchliche Amtsträger und weitere in kirchlichen Einrichtungen tätige Personen zielstrebig fortgeführt.

Hauptmethoden sind dabei nach wie vor das Verlesen, Auslegen und die Kommentierung des Gründungsaufrufes im Rahmen von kirchlichen Veranstaltungen, teilweise verbunden mit Unterschriftensammlungen, seine Erörterung auf Zusammenkünften kirchenleitender Gremien in den Bereichen der evangelischen Landeskirchen sowie auf regionalen und überregionalen Treffen sogenannter kirchlicher Basisgruppen.⁹ In Einzelfällen werden dabei an zentrale und territoriale staatliche Organe adressierte Protestresolutionen gegen die Ablehnung der Anmeldung der Vereinigung »Neues Forum« initiiert. Wiederholt nutzten hinlänglich bekannte reaktionäre kirchliche Kräfte den Gründungsaufwurf als Ausgangspunkt für die Erarbeitung und Propagierung eigener Pamphlete, die sich gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung richten.

So verfasste Pfarrer *Winkelmann*,¹⁰ Bischofrod, [Kreis] Suhl, (Leiter des Evangelischen Einkehrhauses Bischofrod, ¹¹ Mitglied des Fortsetzungsausschusses »Konkret für den Frieden«;¹² unterhält enge Kontakte zum SPD-Bundestagsabgeordneten Horst *Sielaff*¹³) in Vorbereitung eines kirchlichen Basisgruppentreffens der Region Thüringen (30. September 1989) ein Pamphlet, in dem die Schaffung eines »demokratischen, pluralistischen und entwicklungsfähigen Sozialismus« verlangt und die Partei- und Staatsführung aufgefordert wird, zur »Wahrheit und zu Demokratie« zurückzukehren.¹⁴

Gleichzeitig werden »alle Bürger unseres Landes« aufgerufen,

– »die öffentliche Lüge nicht mehr mitzuspielen und die notwendigen Fragen zu stellen« sowie

– »die demokratischen Grundrechte sich nicht länger vorenthalten zu lassen, sondern sie soweit wie möglich schon zu praktizieren«.

Erheblich zugenommen haben Solidarisierungsbekundungen von Kunst- und Kulturschaffenden für das »Neue Forum« bzw. für die bekannte »Resolution« der Unterhaltungskünstler¹⁵ sowie von diesem Personenkreis ausgehende Aktivitäten zu deren Propagierung. Eine besondere Rolle spielen dabei bestimmte Personenkreise in einigen Bezirksvorständen des Verbandes Bildender Künstler sowie Liedermacher und andere Vertreter der Unterhaltungskunst. So verlas der Vorsitzende des Bezirksvorstandes des Verbandes Bildender Künstler Dresden auf einer Sekretariatssitzung des Vorstandes am 27. September 1989 den Gründungsaufwurf des »Neuen Forums« und die »Resolution« der Unterhaltungskünstler. Er äußerte die Absicht, diese Materialien zu vervielfältigen und zu verbreiten.

Auf einer Beratung des Bezirksvorstandes des Verbandes Bildender Künstler Rostock am 27. September 1989 initiierte ein namentlich bekannter Teilnehmer eine Diskussion zur gegenwärtigen Situation in der DDR, verbunden mit der Abfassung einer Resolution. Darin wird die Partei- und Staatsführung u. a. aufgefordert, den »offenen politischen Dialog mit allen politischen Kräften unseres Landes« zu führen. Die Tätigkeit des »Neuen Forums« wird »ausdrücklich begrüßt«. (Die Resolution wurde mit 22 Ja-Stimmen bei fünf Gegenstimmen verabschiedet.) Alle Teilnehmer der Beratung erhielten durch Verlesen Kenntnis vom Gründungsaufwurf des »Neuen Forums« und von der »Resolution« der Unterhaltungskünstler.

Auf der am 25. September durchgeführten erweiterten Sitzung der Sektionsleitung Rockmusik sowie Lied und Kleinkunst des Komitees für Unterhaltungskunst der DDR beschlossen die Teilnehmer trotz der versuchten Einflussnahme des Generaldirektors des Komitees, die »Resolution« der Unterhaltungskünstler auch weiterhin auf öffentlichen Veranstaltungen zu verlesen. Entsprechend dieser Orientierung nutzten Mitglieder der Rockgruppen »Die Zöllner«, »Notentritt«, »Pankow« und »Silly« sowie die Liedermacher *Wenzel*,¹⁶ *Mensching*,¹⁷ *Eger*,¹⁸ *Schmidt*,¹⁹ *Riedel*²⁰ und *Halbhuber*²¹ erneut öffentliche Auftritte zur Verlesung der Resolution, teilweise entgegen erteilter Auflagen durch den Veranstalter (Kultur- und Freizeitzentrum Erfurt).

Besonders beachtenswert sind Feststellungen über Sympathiebekundungen für das »Neue Forum« bzw. für die »Resolution« der Unterhaltungskünstler unter im künstlerischen Bereich des Staatlichen Komitees für Rundfunk der DDR tätigen Mitarbeitern.

So wandten sich die Gewerkschaftsgruppen Produktion bei Jugendradio DT 64²² und Sinfonieorchester des Rundfunks der DDR sowie die Parteigruppe Musik bei Jugendradio DT 64 mit Resolutionen/Erklärungen an ihre Partei- bzw. Gewerkschaftsleitungen, in denen u. a. Zustimmung zum »basisdemokratischen Wirksamwerden von DDR-Bürgern« geäußert und Forderungen nach »offener Diskussion« über Probleme und Widersprüche in der Gesellschaft und nach »Überwindung der chronischen Diskrepanz zwischen Wirklichkeit und politischen Erklärungen« erhoben werden.

Die Gewerkschaftsgruppe Künstlerisches Personal und Vertrauensleute des Deutschen Theaters, Berlin, verabschiedete auf einer Gewerkschaftsversammlung am 26. September 1989 einen an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR gerichteten »offenen Brief«, in dem unter Bezugnahme auf die Ausreiseproblematik²³ und Erscheinungen der »inneren Emigration« gefordert wird, die »Massenmedien in unserem Land für das Gespräch über unser Land« zu öffnen und »die Gedanken von Neues Forum und Anderen« zu veröffentlichen.²⁴

Im Zusammenhang mit der anhaltenden massiven Hetz- und Verleumdungskampagne westlicher Medien kam es erneut zu Vorkommnissen in Form des Anbringens von Hetzlosungen/Verbreitens von Hetzblättern sowie von provokatorisch-demonstrativen Aktivitäten mit direkter Bezugnahme auf das »Neue Forum«.

Im Ergebnis von Prüfungshandlungen wurden in einer Reihe von Fällen strafrechtliche und andere rechtliche Maßnahmen durchgeführt.

Bürgerrechtler den Aufruf zur Gründung des NF »Die Zeit ist reif – Aufbruch 89«. Darin forderten sie eine Diskussion und Überwindung grundlegender Gesellschaftsprobleme in der DDR und beantragten am 19.9.1989 in elf Bezirken die Zulassung als Vereinigung. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits 3 000 Personen den Gründungsaufruf unterschrieben. Als das Innenministerium den Antrag zwei Tage später ablehnte und das »Neue Forum« als »staatsfeindliche Plattform« bezeichnete, dessen Anliegen der Verfassung der DDR widersprächen, löste das eine Welle der Solidarisierung mit den Bürgerrechtlern aus. Auf vielen Demonstrationen wurde die Zulassung des NF gefordert. Nach der Einreichung eines erneuten Zulassungsantrags und einer Aussprache zwischen Jens Reich, Sebastian Pflugbeil und SED-Politbüromitglied Günter Schabowski wurde das NF am 8.11.1989 zugelassen. Bis Ende 1989 unterzeichneten circa 200 000 Menschen den Gründungsaufruf der Organisation, die Ende des Jahres gut 10 000 Mitglieder hatte. Vgl. Mitteilung des Ministers des Innern. In: ND v. 21.9.1989, S. 2. Die Gründungserklärung des »Neuen Forums« »Die Zeit ist reif – Aufbruch 89« v. 9./10.9.1989 ist abrufbar unter: www.hdg.de (letzter Abruf: 27.2.2019). Siehe auch: Anlage 2 der Information [416/89](#).

2

Der »Offene Problemerkatalog« des »Neuen Forums« ist abgedruckt in: Michelis, Julia (Hg.): Die ersten Texte des Neuen Forum. Erschienen in der Zeit vom 9. September bis 18. Dezember 1989. Berlin 1990, S. 5.

3

Bärbel Bohley, Jg. 1945, Malerin, Mitbegründerin der Oppositionsgruppe »Frauen für den Frieden« (1982) und der »Initiative Frieden und Menschenrechte« (1985/86), Januar 1988 Verhaftung nach Protestaktionen bei der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration und Abschiebung nach England, August 1988 Rückkehr in die DDR, September 1989 Mitbegründerin des »Neuen Forums«, Mai bis Dezember 1990 Mitglied der Ostberliner Stadtverordnetenversammlung für das »Neue Forum«, 1991 Mitarbeiterin der Parlamentarischen Gruppe »Neues Forum/Bürgerbewegung« im Berliner Abgeordnetenhaus.

4

Hans-Jochen Tschiche, Jg. 1929, evangelischer Theologe, 1982 Unterstützer des von Robert Havemann und Rainer Eppelmann verfassten »Berliner Appells« für Entmilitarisierung und Demokratisierung in Ost und West, maßgeblich beteiligt an der Herausbildung überregionaler Netzwerke oppositioneller Gruppen, seit 1978 Leiter der Evangelischen Akademie in Magdeburg, 1986–88 Mitglied des Fortsetzungsausschusses des Netzwerks »Konkret für den Frieden«, September 1989 Mitbegründer des »Neuen Forums« (NF), Dezember 1989 bis März 1990 Vertreter des NF am Runden Tisch des Bezirkes Magdeburg, 1990 Mitglied der frei gewählten 10. Volkskammer, 1990–98 Fraktionsvorsitzender der Partei Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag, 1994–98 Alterspräsident des Sächsischen Landtages und Mitglied des Ältestenrates.

5

Michael Arnold, Jg. 1964, Student der Zahnmedizin, seit 1987 Mitarbeit in der Leipziger »Initiativgruppe Leben« (IG Leben), die sich für politische und ökologische Reformen einsetzte, organisierte mehrere Protestaktionen und Demonstrationen, 1989/90 Sprecher der IG Leben, September 1989 Mitbegründer des »Neuen Forums«, 1990–94 Mitglied des Sächsischen Landtages (Bündnis 90/Die Grünen), engagiert in der Aufarbeitung der SED-Diktatur.

6

Rolf-Rüdiger Henrich, Jg. 1944, Rechtsanwalt, ab 1973 Rechtsanwalt im Bezirkskollegium Frankfurt/O., dort mehrere Jahre SED-Parteisekretär seit der Verurteilung Rudolf Bahros 1978 zunehmend kritische Auseinandersetzung mit dem Sozialismus, nach der Veröffentlichung seines Buches »Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus« im April 1989 Ausschluss aus dem Kollegium der Rechtsanwälte und der SED, im September 1989 Mitbegründer des »Neuen Forums« (NF), ab Dezember 1989 Vertreter des NF am Zentralen Runden Tisch.

7

Jens Reich, Jg. 1939, Mediziner und Molekularbiologe, seit 1968 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Molekularbiologie der Akademie der Wissenschaften, seit 1980 Professor für Biomathematik am Zentralinstitut, 1970 Gründung des »Freitagskreises« für eine kritische Auseinandersetzung mit der DDR, seit 1985 Mitarbeit in oppositionellen Zirkeln, Auftritte in der Gethsemanekirche und in der »Umweltbibliothek« in Berlin, September 1989 Mitbegründer des »Neuen Forums«, 1990 Mitglied der frei gewählten 10. Volkskammer, zusammen mit Vera Wollenberger (heute Lengsfeld) und Marianne Birthler Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Oktober bis Dezember 1990 Abgeordneter des Deutschen Bundestages, anschließend Rückkehr in die Forschung.

8

Martin Klähn, Jg. 1959, Bauingenieur, engagierte sich im Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer in Schwerin, Autor der Untergrundzeitung »1. Mose, 2.25«, September 1989 Gründungsmitglied des »Neuen Forums« (NF), sammelte im Laufe des Septembers Unterschriften für den Gründungsaufruf des NF, organisierte am 23.10.1989 zusammen mit Heiko Lietz eine Demonstration in Schwerin, Mitglied im Bezirks- und Stadtsprecherrat des NF in Schwerin.

9

Seit Anfang der 1980er Jahre fanden sich unter dem Dach der evangelischen Kirche zahlreiche Bürger in Friedens-, Eine-Welt- und Umweltgruppen zusammen, um neue Themen zu setzen und alternative Aktionsformen auszuprobieren. Sie gründeten Netzwerke wie den »Arbeitskreis Solidarische Kirche«, das »Grün-ökologische Netzwerk Arche« oder das jährliche Arbeitstreffen »Frieden konkret« und suchten

für ihre Anliegen mit Friedensandachten, Umweltgottesdiensten, Mahnwachen, offenen Briefen oder Beiträgen in Samisdat-Zeitschriften konsequent die Öffentlichkeit. Über Landes- und Bundessynoden, Kirchentage und den »Konziliaren Prozess« gewannen sie zunehmend Einfluss auf kirchliche Entscheidungsprozesse. Im Laufe der 1980er Jahre traten die Basisgruppen zudem deutlich politischer auf und forderten von den Kirchenleitungen mehr Konfliktbereitschaft und ein klares Eintreten für gesellschaftliche Reformen, etwa bei der Frage der Menschenrechte und des Wahlrechts. Zahlreiche Gruppen, wie der »Friedenskreis Weißensee« oder die Leipziger »Initiativgruppe Leben«, entwickelten sich zu wichtigen Impulsgebern der Friedlichen Revolution. Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Bonn 1997, S. 289–324 u. 463–477.

10

Bernd Winkelmann, Jg. 1942, evangelischer Theologe, 1969–94 Gemeindepfarrer in verschiedenen Gemeinden der Kirchenprovinz Sachsen, 1981–91 Mitbegründer und Mitarbeiter im evangelischen Einkehrhaus Bischofrod.

11

Im Jahr 1981 gründeten die Ehepaare Bernd und Annemarie Winkelmann (beide Pfarrer) und die Gärtner Karla und Hilmar Fahr das evangelische »Einkehrhaus Bischofrod« als Treffpunkt kirchlicher und umweltbewegter Gruppen in Südthüringen. Von hier gingen zahlreiche Aktionen aus, etwa ein Protestgottesdienst gegen eine Müllkippe bei Suhl im Juni 1989. Das Haus sollte ein Ort der Gemeinschaft und der Erprobung alternativer Wirtschafts- und Lebensweisen sein.

12

»Konkret für den Frieden«, auch »Frieden konkret«, war das größte Netzwerk von Friedens-, Umwelt- und Bürgerrechtsgruppen der DDR, das entscheidend vom Leiter der Evangelischen Akademie in Magdeburg Hans-Jochen Tschiche vorangetrieben wurde. Es konstituierte sich im März 1983 mit einem ersten Treffen von 137 Aktivisten aus 37 Friedensgruppen in Berlin, um Erfahrungen auszutauschen, Aktionen zu planen und inhaltlich zu arbeiten (»Konkret für den Frieden I«). Seitdem wurde »Konkret für den Frieden« jährlich veranstaltet. Das Treffen »Konkret für den Frieden III« richtete im Jahr 1985 einen Fortsetzungsausschuss ein, um die Arbeitsgruppen und Seminare der Treffen vorzubereiten und Kontakte zwischen den Gruppen aufrechtzuerhalten. Nach eigenen Angaben vertrat der Fortsetzungsausschuss im Jahr 1988 etwa 250 Gruppen. Zu den Mitgliedern zählten seit Februar 1989: Thomas Krüger, Jochen Brothuhn, Ines Stäglich, Beate Urban, Heiko Lietz, Bernd Winkelmann, Wolfgang Schnur und Joachim Garstecki.

13

Horst Sielaff, Jg. 1937, Diakon und SPD-Politiker, 1982–94 Bundesvorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher, 1980–98 Mitglied des Deutschen Bundestages.

14

Gemeint ist hier ein am 29.9.1989 von der Arbeitsgruppe »Solidarische Kirche« in Benshausen erarbeiteter Textentwurf, der unter dem Titel »Offener Brief an die Verantwortlichen unseres Staates und alle Bürger des Landes« auf dem genannten Basisgruppentreffen am 30.9.1989 in Weimar als Flugblatt verteilt wurde. Die wichtigsten Passagen des Papiers sind wiedergegeben in: Winkelmann, Bernd: Friedliche Revolution 1989/90 – Das Wirken christlicher Basisgruppen. Ein Erfahrungsbericht aus dem ehemaligen Bezirk Suhl. Leipzig, Hildburghausen 2009, S. 27 ff.

15

Die »Resolution von Rockmusikern und Liedermachern zur inneren Situation und zum Aufruf des Neuen Forums« v. 18.9.1989 war das Ergebnis einer Versammlung von über 50 Unterhaltungskünstlern der DDR im »Maxim-Gorki-Klub« in Berlin-Weißensee. Die Resolution wurde an zahlreiche Einrichtungen wie das ZK der SED, die Staatssicherheit, die Nachrichtenagentur ADN, das »Neue Deutschland« sowie Fernseh- und Rundfunkeinrichtungen gesendet, jedoch nicht veröffentlicht. In der Resolution bekannten sich die Unterzeichner zu den Forderungen des »Neuen Forums« und traten für einen öffentlichen Dialog, die Zulassung oppositioneller Gruppen sowie eine Öffnung der Medien ein. Am 25.9.1989 sollen mehr als 300 Künstler die Resolution unterzeichnet haben, viele von ihnen wurden in der Folgezeit mit Konzertabsagen, Geldstrafen und Auftrittsverboten belegt. Der Text der Resolution ist abgedruckt in: Rauhut, Michael: Rock in der DDR 1964–1989. Bonn 2002, S. 133. Siehe auch: Anlage 5 der Information [416/89](#).

16

Hans-Eckardt Wenzel, Jg. 1955, Liedermacher, Kabarettist und Autor, 1976 Mitbegründer der Liedertheatergruppe »Karls Enkel«, seit 1981 freischaffender Sänger, Schauspieler und Regisseur, enge Zusammenarbeit mit Steffen Mensching, gemeinsam bildeten sie das Kabarett-Duo Wenzel & Mensching und produzierten 1982 das Theaterspektakel »Hammer-Rewüh«, September 1989 Hauptinitiator und Verfasser der »Resolution von Rockmusikern und Liedermachern« zur Lage in der DDR.

17

Steffen Mensching, Jg. 1958, Kabarettist, Schauspieler und Regisseur, seit 1980 Mitglied der Liedertheatergruppe »Karls Enkel«, zusammen mit Hans-Eckardt Wenzel bildete er das Kabarett-Duo Wenzel & Mensching, Produzent und Schauspieler des 1982 erstaufgeführten Theaterspektakels »Hammer-Rewüh«, 1989 zusammen mit Wenzel Hauptinitiator und Verfasser der »Resolution von Rockmusikern und Liedermachern« zur Lage in der DDR.

18

Jürgen Eger, Jg. 1954, Liedermacher, in den 1970er Jahren Nachhilfelehrer für Mathematik und Physik, ab 1979 freischaffender Chansonsänger,

1985 Kunstpreis der FDJ, 18.9.1989 Erstunterzeichner der »Resolution von Rockmusikern und Liedermachern« zur Lage in der DDR, berichtete seit 1980 dem MfS aus der Liedermacherszene.

19

Arno Schmidt, Jg. 1955, Liedermacher, 1976–80 Studium an der Hochschule für Musik »Hanns Eisler« Berlin, seit 1981 freischaffender Liedermacher, arbeitete eng mit dem Texter Ed Stuhler zusammen.

20

Tommi Riedel, Jg. 1955, Liedermacher, 1981–2001 Puppenspieler am Städtischen Puppentheater Magdeburg, 1984–90 Studium an der Hochschule für Schauspielkunst »Ernst Busch« in Berlin, 1985 Gründungsmitglied der Gruppe »Bördebrot«, 1985 Preisträger beim Nationalen Chansonwettbewerb Frankfurt/O., 1989–94 künstlerischer Leiter der Hochschule für Schauspielkunst.

21

Dietmar Halbhuber, Jg. 1947, Liedermacher und Journalist, in den 1970er Jahren Jugendkorrespondent der »Jungen Welt«, anschließend Liedermacher und Mundartsänger, 1989 Chefredakteur der vom »Neuen Forum« herausgegebenen Zeitung »Die Andere«, die erste unabhängige überregionale Wochenzeitung der DDR.

22

»DT 64« war das Jugendprogramm des DDR-Radiorundfunks. Das Programm des 1964 anlässlich des Deutschlandtreffens der Jugend in Ostberlin als »Sonderstudio DT64« gegründeten Formats fand aufgrund der Ausstrahlung internationaler Musiktitel großen Anklang unter der jungen Bevölkerung und wurde deshalb zu einem festen Bestandteil des täglichen Radioangebots und seit 1986 zu einem eigenständigen Sender.

23

Die »Ausreiseproblematik« beschreibt die restriktive Handhabung des Rechts auf freie Wohnortwahl in der DDR. Trotz Verpflichtung auf die Anerkennung der Grundfreiheiten im Rahmen der KSZE und der UNO-Mitgliedschaft hatte die DDR bis 1988 keine rechtliche Grundlage für eine ständige Ausreise geschaffen. Anträge galten daher mit Ausnahme von »Familienzusammenführungen« oder aus anderen »humanitären Gründen« als »rechtswidrige Ersuchen«. Dennoch nahm die Zahl der Antragsteller stetig zu, im Sommer 1989 waren es über 160 000. Die Regierung ging teilweise mit repressiven Maßnahmen gegen die Antragsteller vor. Als Folge begannen sich in den 1980er Jahren Antragsteller unter dem Dach der Kirche zu organisieren. Mit öffentlichen Protesten und Besetzungen von Kirchen und Botschaften versuchten sie, eine beschleunigte Bearbeitung ihrer Anträge zu erreichen. Nach dem Abbau von Sicherungsanlagen an der Grenze zu Österreich im Mai 1989 entwickelte sich besonders Ungarn zum Zentrum der DDR-Fluchtbewegung. In Budapest und in den Städten rund um den Balaton mussten Flüchtlingslager für die mehreren Tausend DDR-Flüchtlinge eingerichtet werden. In der Nacht vom 10. zum 11.9. öffnete Ungarn schließlich seine Grenze für DDR-Bürger, worauf in den kommenden Wochen etwa 57 000 DDR-Bürger über Österreich in die Bundesrepublik flohen. Vgl. Oplatka, Andreas: Der erste Riß in der Mauer. September 1989 – Ungarn öffnet die Grenze. Wien 2009.

24

Der »offene Brief« der Gewerkschaftsgruppe Künstlerisches Personal und Vertrauensleute des Deutschen Theaters an Ministerpräsident Willi Stoph v. 26.9.1989 ist abgedruckt in: Gehrke, Bernd; Hürtgen Renate (Hg.): Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989: Die unbekannt Seite der DDR-Revolution. Diskussion – Analysen – Dokumente. 2., korrig. Aufl., Berlin 2001, S. 334 f.